

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2015

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **KenFM: Krieg oder Frieden in Europa – Wer bestimmt auf dem Kontinent?**
- **Jens Wernicke: Demokratie in Gefahr**
- **Harald Schumann: Europa rutscht in die Post-Demokratie ab**
- **direkte Demokratie: Deutschland. Vergleich von Bund und Ländern**
- **Henriette Hanke Güttinger: 20 Jahre Nafta (North American Free Trade Agreement) – Freihandelsabkommen auf dem Prüfstand**
- **DeutscheWirtschaftsNachrichten: Bundestags-Abgeordnete dürfen TTIP-Dokumente nicht lesen**
- **Sven Giegold: Beschämend! Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale (gemeint: AfD!) stimmen für TTIP-Schiedsgerichte**
- **Ernst Wolff: Weltmacht IWF- Chronik eines Raubzugs**

Zitat des Monats von [Papst Franziskus](#):

**Der Einsatz für die Armen in dieser Welt
hat nichts mit dem Kommunismus zu tun,
sondern ist ein Eckpfeiler des Christentums.**

- KenFM: **Krieg oder Frieden in Europa – Wer bestimmt auf dem Kontinent?**

Willy Wimmer (CDU-Urgestein, ehemaliger Vize-Präsident der OSZE/KSZE und Autor des Buches "Wiederkehr der Hasardeure"), Dirk Pohlmann (Dokumentarfilmer für ARTE und ZDF, "Täuschung - Die Methode Reagan"), Dr. Daniele Ganser (Historiker und Friedensforscher aus der Schweiz), Matthias Brökers und Ken Jebsen diskutieren in einem sehr interessanten, lehrreichen und lebendigen Gespräch (Video, 2h42) die Lage in Europa und kommen auf den zentralen Punkt: "[Der Staat muss wieder in unsere Hände kommen!](#)"

Die Redaktion wird in einer folgenden Sonderausgabe des Bürgerbriefes den Inhalt des Videos ausführlicher darstellen (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- Jens Wernicke: **Demokratie in Gefahr**

Massenüberwachung, elektronische Gesundheitskarte, Angriffe auf das Versammlungsrecht, Polizei-Provokateure auf Demonstrationen, sich verselbstständigende Geheimdienste und "Schiffe versenken" im Mittelmeer - von diesen und vielen weiteren Flanken her sind die [Grund- und Menschenrechte im Lande aktuell bedroht](#), wie der soeben veröffentlichte Grundrechte-Report 2015 betont. Der Grundrechte-Report wird von der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte, PRO ASYL und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen herausgegeben.

Ein Interview mit der Mitherausgeberin Elke Steven.

[Inhalt](#) ↑

- Harald Schumann: **Europa rutscht in die Post-Demokratie ab**

EU-Kommissar Timmermans will künftig nicht gewählte Technokraten entscheiden lassen, ob und wie das Parlament Gesetze ändern darf: Die "Rechtsetzung" in der EU solle "besser" werden. Darum solle es künftig "mehr Transparenz und Kontrolle" geben, wenn die EU neue Gesetze beschließe. Und dafür sollten sich auch das EU-Parlament und der Rat der EU-Regierungen vertraglich verpflichten, alle Gesetzesänderungen vor jeder Abstimmung einer "rigorosen" Prüfung zu unterwerfen. Aber die wohlklingenden Worte verbergen die gegenteilige Absicht: Der Kommissar und sein Chef, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, wollen die [europäische Gesetzgebung dem Einfluss durch Bürger und Parlamente entziehen](#) und stattdessen ungewählte Technokraten darüber urteilen lassen, was reguliert werden soll und was nicht.

Die Schritte in den Ausbau der Diktatur werden immer dreister (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- direkte Demokratie: **Deutschland. Vergleich von Bund und Ländern**

Deutschland ist ein direktdemokratisches Entwicklungsland. [Auf nationaler Ebene wird jegliche Bürgerbeteiligung geblockt](#). Es gab keine einzige Volksabstimmung. Auch vor dem Krieg gab es keine gültige Abstimmung. Gegenüber dem Bundesrecht gibt es in den Regionen durchaus plebiszitäre Elemente, wenn auch mit hohen Hürden. Insgesamt waren bis Mrz./2009 von 4'642 eingeleiteten Bürgerbegehren auf Gemeindeebene 1'136 erfolgreich. Von den bis dahin 300 bundeslandweiten Initiativen haben es gerade mal 15 zum Volksentscheid geschafft, wovon 5 am Quorum gescheitert sind und 3 weitere ignoriert wurden. Grundsätzlich gibt es aber bei regionalen Verfassungsänderungen Volks-/Bürgerentscheide.

Um zu mehr direkter Demokratie zu kommen, müssen zunächst einmal in der indirekten Demokratie Beschlüsse gefasst werden. Parteien müssen in den Parlamenten entsprechende Regelungen beschließen. Dazu zeigen erfahrungsgemäß die großen Parteien wenig Entschlusskraft. [Viele der kleinen Parteien positionieren sich eindeutiger für direkte Demokratie](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Henriette Hanke Güttinger: **20 Jahre Nafta (North American Free Trade Agreement) – Freihandelsabkommen auf dem Prüfstand**

Was über den Inhalt der geplanten Freihandelsverträge CETA, TTIP und TiSA bis heute durchsickert, zeigt, dass sich diese am Nafta-Freihandelsabkommen von 1994 orientieren. Dieses wurde damals von den USA, Kanada und Mexiko unterzeichnet.

[Zwanzig Jahre praktische Erfahrungen mit Nafta](#) zeigen in aller Deutlichkeit, wohin solche Freihandelsabkommen führen werden. Investoren und große Konzerne profitieren, während die Mehrheit der Bevölkerungen in den Vertragsstaaten – auch in den USA – auf die Verliererseite rutscht.

[Inhalt](#) ↑

- DeutscheWirtschaftsNachrichten: **Bundestags-Abgeordnete dürfen TTIP-Dokumente nicht lesen**

Seit Mitte Mai liegen in der amerikanischen Botschaft in Berlin die Dokumente zum geplanten EU-Freihandelsabkommen TTIP zur Einsicht auf. Doch [die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dürfen sich nicht darüber informieren](#), worüber sie am Ende im Namen der deutschen Bürger abstimmen müssen. Das geht aus einem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums an den Bundestags-Wirtschaftsausschuss hervor: "Zutritt haben demnach nur Regierungsmitglieder, die auf einer offiziell von der Regierung übermittelten Liste aufgeführt sind. Die US-Botschaft habe angegeben, ein Zugang für Abgeordnete nationaler Parlamente sei derzeit nicht vorgesehen, heißt es in dem Schreiben."

[Inhalt](#) ↑

- Sven Giegold: **Beschämend! Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale (gemeint: AfD!) stimmen für TTIP-Schiedsgerichte**

Am 28.05.2015 stimmte der Handelsausschuss des Europaparlaments über die Position zu TTIP ab. Die Abstimmung ist die Basis für die kommende Plenumsabstimmung. Es wurde mehrheitlich [einem Text zugestimmt, der die Reform der ISDS-Schiedsgerichte begrüßt](#) und damit die privaten Schiedsgerichte grundsätzlich akzeptiert, statt ISDS abzulehnen. Es ist beschämend für Demokraten, rechtsstaatsfeindliche Privatgerichte für Konzerne zu unterstützen. Ein Antrag gegen ISDS kam darauf nicht mehr zur Abstimmung. –

Damit haben Ausschussmitglieder [der Willensäußerung der Europäischen Bürgerinitiative "Stopp TTIP!" nicht Rechnung getragen](#).

[Inhalt](#) ↑

- Ernst Wolff: **Weltmacht IWF- Chronik eines Raubzugs**

Ernst Wolff ist freiberuflicher Journalist und Autor des Buches "[Weltmacht IWF- Chronik eines Raubzugs](#)". Er widmete dieses Buch "den Menschen, die es nicht lesen können, weil der IWF ihnen den Besuch einer Schule verwehrt hat". Bereits auf den ersten Seiten weist er nach, dass die Gründung des IWF nicht etwa, wie von vielen behauptet, der Errichtung und Stärkung eines gesunden globalen Währungssystems diene. Vielmehr stand dieser ganz im Zeichen der Neuordnung der Welt nach dem zweiten Weltkrieg. Hauptziel seiner Errichtung war es, die Dominanz der neuen Weltmacht USA zu zementieren.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.